

Voller Einsatz, halber Machtwechsel.

Die vorgezogene Bundestagswahl vom 18. September 2005¹

Everhard Holtmann

Anders als in den Meinungsumfragen monatelang signalisiert, führte das Ergebnis der vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005 mit der Bildung einer Großen Koalition nur einen halben Machtwechsel herbei. Der SPD gelang eine erfolgreiche Re-Mobilisierung ihrer Wähler in letzter Minute. Indes wird die Arbeit des CDU-Flügels des Bundeskabinetts inzwischen deutlich besser bewertet als die Arbeit der SPD-geführten Ressorts.



Prof. Dr. Everhard Holtmann, Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Die Ausgangslage vor den Wahlen: der Wechsel zu Schwarz-Gelb scheint so gut wie sicher.

Der Wahlkampf zu den vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag am 18. September wurde von den beteiligten Akteuren, insbesondere von Bundeskanzler Gerhard Schröder, mit vollem Einsatz geführt. Im Ergebnis kam es jedoch nur zu einem halben Machtwechsel: Die SPD verlor eine Hälfte, die Unionsparteien gewannen eine Hälfte der Regierungsmacht. Im Endresultat lagen CDU/CSU (35,2%) und SPD (34,2%) lediglich um einen Prozentpunkt bzw. 4 Mandate auseinander. Es kam schließlich zur Bildung einer Großen Koalition unter der Kanzlerschaft der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel. Kurz vor dem Urnengang war diese Regierungskonstellation keineswegs das Präferenzmodell der Wahlbevölkerung gewesen; Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen zufolge, gaben nur 23% dieser Variante den Vorzug, aber 28% favorisierten ein schwarz-gelbes Bündnis. Für Rot-Grün sprachen sich nurmehr 19% der Bundesbürger aus (FGW 2005: 43).

Daß der Wahlabend in ein Patt der beiden großen Volksparteien mündete, kam nicht nur für die Führung und die Anhänger der Union, sondern auch für

¹ Für den Aufbau der Graphiken danke ich Imke Diederichs.

große Teile der politischen Öffentlichkeit überraschend. Bis wenige Wochen vor dem Wahltag schien ein Kantersieg für CDU/CSU und FDP ausgemachte Sache. Schon kurz nach ihrer knappen Wiederwahl am 22. September 2002 war Rot-Grün in der politischen Stimmung abgestürzt; im Februar 2003 kamen die Sozialdemokraten mit einem Wert von 22% auf einen „vorläufigen Tiefstpunkt“ (Ebenda: 16). Nie zuvor, registrierten die Meinungsforscher, „gab es in einer so kurzen Phase so heftige Verluste für eine Regierungspartei; nie zuvor gab es für eine Bundesregierung über einen Zeitraum von drei Jahren so wenig Zustimmung“ (Ebenda).

Umgekehrt führte die Stimmungskurve CDU und CSU in lichte demoskopische Höhen, phasenweise deutlich jenseits der 50-Prozent-Marke. Im Februar 2003 erreichten die Schwesterparteien mit 58% „einen absoluten Zustimmungsk rekord für eine Partei in der Politbarometer-Geschichte“ (Ebenda: 17). Im Mai 2005, nach dem klaren CDU-Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen und der Kür von Angela Merkel zur Kanzlerkandidatin, wurde der 50-Prozent-Gipfel abermals überschritten. Die SPD krebste, weit abgeschlagen, um die 25%.

Der Wählerschwund der größten Regierungspartei SPD war evident, und er schien, je länger die 15. Wahlperiode voranschritt, desto sicherer unumkehrbar. Die äußeren kritischen Höhepunkte dieses fortschreitenden politischen Siechtums sind schnell rekapituliert: Der Ankündigung der Agenda 2010 im Bundestag am 14. März 2003 folgten im Sommer 2004 die Demonstrationen gegen „Hartz IV“; der 17. März 2005, das Datum, an dem die interfraktionellen Absprachen des sogenannten Jobgipfels verkündet wurden, war zugleich der Tag des unerwarteten Verlusts der Regierungsmacht in Schleswig-Holstein. Anfang März 2005 überschritt die Arbeitslosenzahl erstmals die magische Grenze von 5 Millionen. Am 22. Mai desselben Jahres wurde in Nordrhein-Westfalen die letzte rot-grüne Landesregierung abgewählt. Mit dem Achtungserfolg der „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit/WASG“ in diesem bevölkerungsstärksten Bundesland – die WASG erreichte insgesamt 2,2% der Stimmen – kündigte sich die Formierung einer parlamentsfähigen Partei links von der SPD bereits an.

Der Verlust dieses Kernlandes der Sozialdemokratie bewog Gerhard Schröder, über den Weg der „unechten“ Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG vorgezogene Neuwahlen anzustreben. Zu diesem Zeitpunkt lag die SPD bei den zugeschriebenen Parteikompetenzen in fast allen für die Wahlentscheidung wichtigen Feldern – Schaffen von Arbeitsplätzen, Ankurbeln der Wirtschaft, Sanierung der Staatsfinanzen, Lösen der Zukunftsprobleme – weit hinter CDU/CSU zurück. Allein bei der Kompetenz für „soziale Gerechtigkeit“ konnte die SPD ihre traditionelle Themenführerschaft mit Mühe behaupten.

2. Aufholprozeß in letzter Minute: CDU/CSU sacken ab, die SPD re-mobilisiert teilweise erfolgreich

Nachdem der Bundestag am 1. Juli mit Mehrheit der Bundesregierung das Vertrauen förmlich entzogen und anschließend der Bundespräsident und das Bun-

desverfassungsgericht den Weg für vorzeitige Neuwahlen frei gemacht hatten, schienen die Rollen der Verlierer und Gewinner mithin mit Eintritt in die heiße Wahlkampfphase klar verteilt. Indes deutete sich im Endspurt vor der Wahl eine Trendumkehr an. Acht Tage vor dem Wahltag war der lange uneinholbar scheinende Vorsprung der Unionsparteien vor der SPD in den Meinungsumfragen auf 7 bis 9 Prozentpunkte geschrumpft. Doch alle Institute notierten CDU/CSU noch bei Werten von über 40% (siehe Süddeutsche Zeitung vom 10./11.9.2005 und Abbildung 1). Deutlich war zu diesem Zeitpunkt allerdings auch: Mit dem sicher zu erwartenden Einzug der Linkspartei/PDS in den Bundestag und infolge der Aufholjagd der SPD hatte Schwarz-Gelb günstigstenfalls einen rechnerischen Gleichstand, aber keine Chance mehr auf eine eigene Mehrheit.

Abbildung 1: Ergebnisse der Wahl-Umfragen vor der Bundestagswahl 2005 (in Prozent)

	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Linkspartei
ZDF					
Forschungsgruppe Wahlen (9.9.)	41	34	7	7	8
ARD					
Infratest-dimap (8.9.)	41	34	7	6,5	8,5
Emnid (8.9.)	42	33	7	7	9
Forsa (7.9)	42	34	7	6	8
Allensbach (7.9.)	41,5	32,7	7,2	7,0	8,9

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung, 10. September 2005

Daß die Unionsparteien auf der Zielgerade sichtlich schwächelten und sich die SPD andererseits in der Wählergunst stabilisierte, läßt sich mit der – auch diesmal sogleich bemühten – alten „Bauernregel“ der Wahlforschung, daß der Kanzler und seine Partei kurz vor der Wahl stets zuzulegen pflegen, nicht hinreichend erklären. Vielmehr kamen in den letzten Wochen vor den Wahlen scheinbar festgefügte Stimmungslagen überraschend stark in Bewegung. Professionelle Wahlbeobachter wiesen in der Vorwahlwoche – in welcher die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten keine Umfragen mehr veröffentlichten – auf „extreme Tagesschwankungen“ in den gemessenen Wahlabsichten hin (so Jörg Schönenborn in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 10./11.9.2005).

Wie der Sozialwissenschaftler Bernhard Weßels anhand einer vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) in Auftrag gegebenen, speziellen Nachwahlbefragung herausfand, haben sich tatsächlich „im letzten Moment entscheidende Veränderungen vollzogen, die die FDP auf Kosten der Union stärkten und der SPD überraschende Gewinne einbrachten“ (WZB-Mitteilungen 2005: 7). Der SPD gelang es zum einen, zwischen Mitte August und Mitte September unter zunächst unentschlossenen Wählern mit 30 Prozent mehr zu sich herüberzuziehen als die CDU/CSU mit 23 Prozent. Dabei handelte es sich insbesondere um frühere SPD-Wähler. „Es gelang der SPD, fast 80 Prozent der in den letzten Wochen noch unentschiedenen SPD-Wähler von 2002 zur Wiederwahl zu veranlassen“ (Ebenda: 8). Zu dieser – laut Weßels bei Bundestagswahlen bislang

einmaligen – *Re-Mobilisierung vormaliger SPD-Wähler* kam zum anderen ein Zufluß aus solchen Wählergruppen, die bis dahin entweder zur Linkspartei/PDS oder zu den Bündnisgrünen tendiert hatten. „Von der Linkspartei“, beobachtete der Wahlkommentator der ARD, Jörg Schönenborn, eine Woche vor dem Urnengang, „kommen Wähler zurück. Die SPD hat im ARD-Deutschlandtrend in den letzten sieben Wochen sieben Punkte zugelegt, die Linkspartei dreieinhalb Punkte verloren. Da ist ein Zusammenhang“ (SZ vom 10./11.9.2005).

Beträchtliche Verschiebungen gab es zugleich im bürgerlichen Parteien-Lager. Die Nachwahlstudie des WZB stellt hierzu fest: „Eine starke Abwanderung von Wählergruppen, die vor der Wahl angegeben hatten, die CDU/CSU wählen zu wollen, führte dazu, daß die Union bei der Wahl schlechter als erwartet abschnitt. Das Besondere an diesem Verlust vermeintlich sicherer Wähler ist, daß etwa 15 Prozent zur FDP wanderten. Das hat zu dem beachtlichen Erfolg der FDP beigetragen“ (WZB-Mitteilungen 2005: 7).

**Der Aderlass der
Unionsparteien gründet
wesentlich in
koalitionstaktischen
Erwägungen
„rationaler Wähler“**

Die Annahme, daß jene von der Union zu den Liberalen spät Abgewanderten dies vornehmlich taten, um mittels Stärkung der FDP eine sich abzeichnende Große Koalition doch noch zu verhindern, ist plausibel und wird beispielsweise durch das Stimmsplitting dieser Wählergruppe erhärtet: 93 Prozent dieser Abwanderer gaben ihre Erststimme der CDU oder der CSU (Ebenda: 10). Der Aderlaß der Unionsparteien gründet folglich wesentlich in koalitionstaktischen Erwägungen „rationaler

Wähler“, deren politische Erstpräferenz überwiegend an sich den Unionsparteien gehört.

Anders erklärt sich der Last-Minute-Swing zugunsten der SPD. Zum einen hat die hitzige Debatte um das Steuerreformkonzept, das in Paul Kirchhof, dem Mitglied in Merkels Kompetenzteam und designierten Anwärter für den Posten des Finanzministers personifiziert war, Unionswähler verunsichert und der SPD wiederum eine Chance eröffnet, sich als Anwältin der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren. Auf die erfolgreiche Re-Mobilisierung sozialdemokratischer Wähler wurde oben bereits hingewiesen. Das Zaudern des CSU-Vorsitzenden Stoiber, sich hinsichtlich seiner Berliner Ambitionen eindeutig zu erklären, hatte im

**Die Abwahl von Rot-
Grün resultiert aus der
schlechten
Leistungsbilanz der
Bundesregierung**

Unions-Wahlkampfteam für den Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein Vakuum geschaffen, mit der Folge, daß die Union mit der Lösung Kirchhof in diesem mit wahlentscheidenden Themenfeld höchst angreifbar wurde. Zum anderen gelang es der SPD wohl auch deshalb, unter zunächst unentschiedenen Wählern mehr Gewerkschaftsmitglieder als die CDU/CSU gewinnen, weil sie die Kontroverse um Kirchhofs „flat tax“ und seine Streichliste von angeblich 418 Steuervergünstigungen erfolgreich mit Gerechtigkeitsfragen aufladen konnte (WZB-Mitteilungen 2005: 9). Insgesamt bedeutet dies freilich nur, daß die SPD ihre Verluste in Grenzen halten konnte; an der politischen Niederlage der größten Regierungspartei ändert dies nichts. „Die Abwahl von Rot-Grün resultiert [...] aus der schlechten Leistungsbilanz der Bundesregierung“ (FGW 2005: 12).

3. Das Ergebnis der Wahl: Beinahe-Parität von CDU/CSU und SPD auf niedrigerer Wählerbasis

Im Ergebnis der Wahlen kam es zu einem Beinahe-Patt beider großer Volksparteien, allerdings auf beiderseits niedrigerer Wählerbasis. Erstmals seit 1949 fielen die Gesamt-Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD auf unter 70 Prozent. Die neu formierte Linkspartei/PDS zog in Fraktionsstärke in den 16. Bundestag ein. Rot-Grün hatte die Mehrheit verloren. Doch andererseits war rechts von der SPD rein rechnerisch keine Regierungsbildung möglich (Abbildungen 2 und 3).

Abbildung 2: Bundestagswahl 2005
Zweitstimmen – endgültiges amtliches Endergebnis (in Prozent)

	2005	2002
Wahlbeteiligung	77,7	79,1
Ungültige Stimmen	1,6	1,2
SPD	34,2	38,5
CDU/CSU	35,2	38,5
davon: CDU	27,8	29,5
davon: CSU	7,4	9
GRÜNE	8,1	8,6
FPD	9,8	7,4
Linke.PDS	8,7	4,0
Offensive D*	0,0	0,8
REP	0,6	0,6
NPD	1,6	0,4
Die Tierschutzpartei	0,2	0,3
GRAUE	0,4	0,2
Sonstige	1,0	0,6

* 2002 als Schill-Partei angetreten

Quelle: Infratest dimap, WAHLREPORT Bundestagswahl 2005

Abbildung 3: Bundestagswahl 2005
Sitzverteilung im Bundestag 2005 und 2002*

	2005***	2005-2002	2002**	2002-1998
Sitze	614	+11	603	-66
SPD	222	-29	251	-47
CDU/CSU	226	-22	248	+3
GRÜNE	51	-4	55	+8
Linke.PDS	54	+52	2	-34

* Sitzverteilung zu Beginn der Legislaturperiode

** 2002 wurde der Bundestag auf 598 Sitze verkleinert. Aufgrund von 5 Überhangmandaten erhöhte sich die Anzahl der zu vergebenden Sitze auf 603.

*** Aufgrund von 16 Überhangmandaten erhöht sich die Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze auf 614.

Quelle: Infratest dimap, WAHLREPORT Bundestagswahl 2005

Die *Wählerwanderungsanalyse* von Infratest dimap macht die Verschiebungen in der Wählergunst zu Lasten der bisherigen Regierungsparteien SPD und Grüne und zugunsten von CDU/CSU, FDP und Linke/PDS deutlich: Die SPD verlor das Gros der abwandernden Wähler, nämlich rd. 1 Million, an die neue Linkspartei. Das zweitgrößte Verlust-Kontingent ging zu den Unionsparteien (ca. 630 000 Stimmen). Geringere Abströme flossen zu den Bündnisgrünen (140 000) und zur FDP (120 000). Und auch die Mobilisierung von potentiellen Nichtwählern war nur teilweise erfolgreich: Gut 370 000 ehemalige SPD-Wähler „sind diesmal per Saldo zu Hause geblieben“ (Infratest dimap 2005: 38).

Die Unionsparteien verlieren, wie erwähnt, vor allem an die Liberalen (ca. 1,1 Millionen Stimmen) und in geringerem Umfang auch an die Linke.PDS (ca. 280 000). Durch den Zustrom früherer SPD- und Grünen-Wähler werden diese Verluste nur zum Teil kompensiert. Da es der CDU/CSU noch weniger als der SPD gelang, ehemalige unentschlossene Anhänger zu mobilisieren (640 000 frühere Unionswähler gingen nicht zur Wahl – so Infratest dimap 2005: 38), saldieren sich Wanderungsgewinne und -verluste gegenüber 2002 auf ein Minus von insgesamt 1,8 Millionen Stimmen.

Die FDP verdankt ihren Stimmengewinn vor allem ehemaligen Wählern der Unionsparteien sowie in weitaus geringerem Maße auch ehemaligen Anhängern von SPD und Grünen. Eine leicht negative Wanderungsbilanz (- 100 000) ergibt sich im Austausch mit der Linkspartei (Infratest dimap 2005: 37).

Die Linke.PDS ist neben der FDP der zweite Gewinner dieser Bundestagswahl. Sie gewinnt rd. 2,2 Millionen Zweitstimmen hinzu, die überwiegend von der SPD (970 000), aber auch von der CDU/CSU (280 000), den Bündnisgrünen (240 000), sogar von der FDP (100 000) und aus dem Lager bisheriger Nichtwähler (plus 430 000) kommen (Ebenda: 37f.). Der Erfolg der

Die Wählerbasis der Linkspartei ist, bildlich gesprochen ausgedrückt, Fleisch vom Fleische der Sozialdemokratie

Linkspartei gründet maßgeblich in Westdeutschland: Hier stieg ihr Stimmenanteil, wie Harald Schoen und Jürgen Falter in einer Profilanalyse der Linkspartei hervorheben, „im Vergleich zum PDS-Resultat bei der Wahl 2002 auf mehr als das Vierfache und lag mit 4,9 Prozent nur ganz knapp unter der Fünfprozentmarke“ (Schoen/Falter 2005: 34). Die Wählerbasis der Linkspartei ist, bildlich ausgedrückt, Fleisch vom Fleische der Sozialdemo-

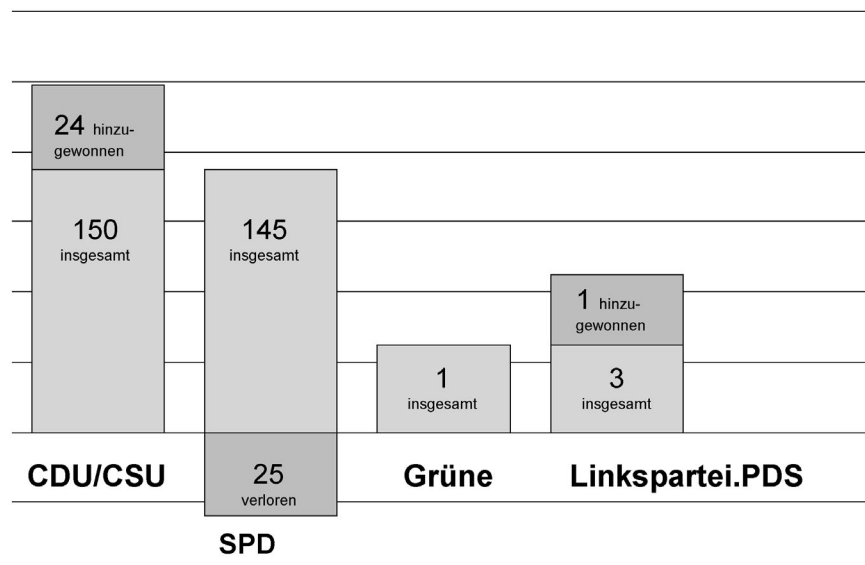
kratie. Nehme man, so Schoen/Falter, die parteipolitische Herkunft ihrer Wähler in Ost- wie Westdeutschland als Maßstab, so erscheine die Linkspartei „in den alten Ländern – überspitzt formuliert – wie eine Ausgründung der SPD“ (Ebenda: 37). In der Folge änderte sich auch das soziale Profil der Partei. Während für die alte PDS Personen mit gehobenem Bildungsgrad und gesellschaftlichem Status (Beamten, Angestellten) bevorzugt votiert hatten, stimmten diesmal „Menschen mit formal niedriger Bildung, Arbeitslose und Arbeiter überdurchschnittlich häufig für die Linkspartei“ (Ebenda: 37f.). Wie die Linke.PDS diesen vergrößerten sozialen Spannungsbogen parteiintern zu steuern weiß, bleibt abzuwarten.

Im Ergebnis der Bundestagswahl 2005 hat sich das Bild einer zwischen Ost und West *geteilten Wähler- und Parteienlandschaft* abermals bestätigt. Die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland (74,3%) ist wiederum niedriger als in Westdeutschland (78,5%). Die SPD fällt im Osten sehr viel stärker (- 9,3%) als im

Westen (- 3,2%) zurück, während die CDU-Verluste sich regional fast gleichmäßig verteilen (AL: -3,4% ; NL: - 3,0%). Die PDS liegt in den neuen Ländern mit der CDU nach Stimmenprozenten gleichauf (jeweils 25,3%) und überflügelte die CDU in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Infratest dimap 2005: 28; SZ vom 20.9.2005). Auch in der Verteilung der Direktmandate (Abbildung 4) spiegelt sich die Ost-West-Differenz wider: Von den 25 von der SPD verlorenen Wahlkreisen liegen lediglich 6 im Osten. Mit dem Gewinn relativ vieler Direktmandate in Ostdeutschland – auch 7 von 9 sozialdemokratischen Überhangmandaten liegen in den neuen Ländern – konnte die SPD ihre deutlichen Stimmeinbußen ein wenig kompensieren.

Im Ergebnis der Bundestagswahl 2005 hat sich das Bild einer zwischen Ost und West geteilten Wähler- und Parteienlandschaft abermals bestätigt

Abbildung 4: Direktmandate bei der Bundestagswahl 2005 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 (schematische Darstellung)



Quelle: FAZ, 20. September 2005; Infratest dimap WAHLREPORT 2005

Die *rechtsextremen Parteien*, die bundesweit trotz eines Zugewinns von 1 Prozentpunkt abgeschlagen bei insgesamt 2,2 Prozent landeten, konnten ihre relative Stärke in etlichen Regionen und Distrikten Ostdeutschlands bestätigen. Die NPD erzielte ihr bestes Resultat mit 4,9 Prozent (+ 3,5%) in Sachsen. Damit lag sie zwar deutlich unter ihrem Landtagswahlergebnis von 2004 (9,2%), doch ist bei diesem Vergleich die bei Bundestagswahlen erheblich höhere Wahlbeteiligung zu berücksichtigen. In ihrer Hochburg, dem Wahlkreis Sächsische Schweiz, kam die NPD auf 7,1 Prozent. In 7 kleineren Gemeinden dieses Wahlkreises fiel das Ergebnis zweistellig aus, wie auch in mehreren Gemeinden Brandenburgs (FAZ vom 20.9.2005, SZ vom 20.9.2005).

4. Faktoren der Wahlentscheidung: Parteikompetenzen, Kandidatenfaktor, Parteibindung

Die Wahlforschung stimmt seit längerem darin überein, daß – neben sogenannten situativen Faktoren – für die individuelle Wahlentscheidung vornehmlich drei Faktoren maßgeblich sind: die Problemlösungskompetenz, die einer Partei zugeschrieben wird; eine längerfristige, gefühlsmäßige Parteibindung bzw. Parteiidentifikation sowie die Beurteilung des Personaltableaus der Parteien, insbesondere der Spitzenkandidaten. Mehr noch als bei der vorangegangenen Bundestagswahl 2002, war „Kompetenz“ der vorrangige Motivator: 58 Prozent aller Befragten nannten diesen Faktor diesmal als ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung (Wahl 2002: 48%). Die Kandidatenfrage fiel hingegen mit 18 Prozent geringer ins Gewicht (Wahl 2002: 29%). Die Parteibindung blieb in ihrer motivationalen Bedeutung mit 20 Prozent ungefähr konstant (Wahl 2002: 18%). Dabei werden für die einzelnen Parteien unterschiedliche Motiv-Rangfolgen erkennbar: Bei SPD-Wählern rangierten der Kandidatenfaktor mit 24 Prozent und die Parteibindung mit 25 Prozent vergleichsweise hoch; für alle anderen Parteien war die Kompetenzeinschätzung merklich wichtiger (CDU/CSU: 59% - Bündnisgrüne: 63% - FDP: 71% - Linke.PDS: 69%) (Infratest dimap 2002: 83 und 2005: 74).

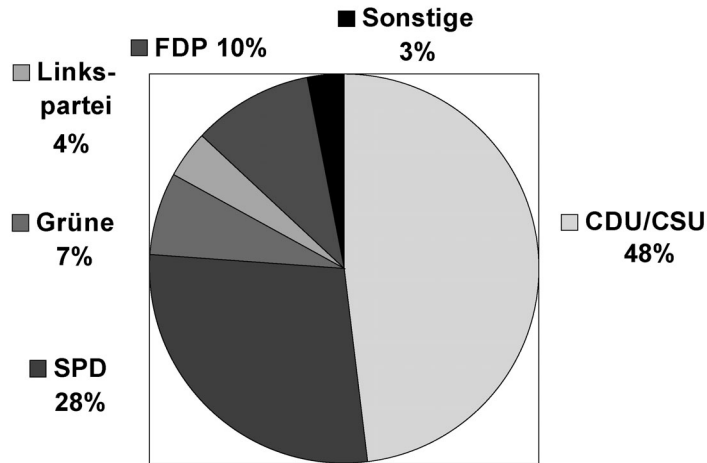
Mehr noch als bei der vorangegangenen Bundestagswahl 2002, war „Kompetenz“ der vorrangige Motivator

5. Sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerschaften: Die Traditionslinien sind nach wie vor erkennbar

Hinsichtlich der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaften der Parteien sind die Traditionslinien, die das deutsche Parteiensystem seit langem prägen, auch diesmal erkennbar (siehe Abbildungen 5 bis 9). Die SPD ist nach wie vor die von *Arbeitern* bevorzugte Partei (37% dieser Sozialgruppe, - 5% im Vergleich zu 2002) und sie dominiert weiterhin bei *Gewerkschaftsmitgliedern* (47%; -4%). Allerdings verliert sie überdurchschnittlich stark bei *Arbeitslosen* (31%; -10%), während in diesem Segment umgekehrt die Linkspartei hohe Gewinne erzielen kann (24%; +14%). Die Unionsparteien andererseits behaupten ihre Vorzugsstellung bei *Katholiken* (49%; -4%) und insbesondere solchen mit hoher Kirchgangshäufigkeit (72%). Unter den *Konfessionslosen*, die in Ostdeutschland die klare Mehrheit der Bevölkerung stellen, ist die Linke.PDS mit 20 Prozent vergleichsweise stark repräsentiert (Datenangaben nach Infratest dimap 2005: 85f. und FGW 2005: 62ff.).²

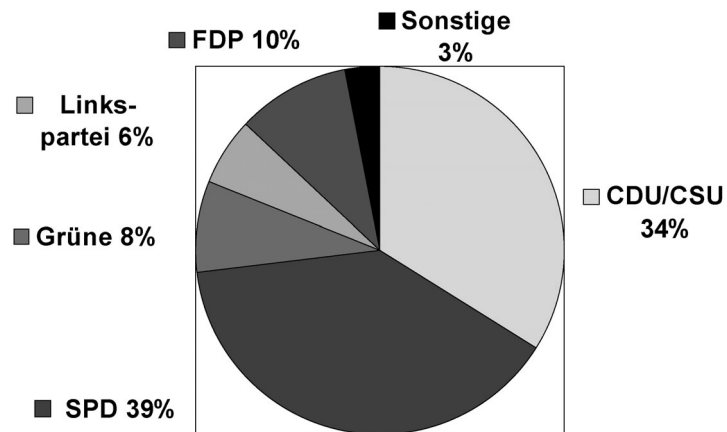
2 Einzelne Prozentangaben im Text und in den Abbildungen differieren geringfügig, weil den Abbildungen die Prozentuierungen des Bundeswahlleiters zugrunde liegen.

Abbildung 5: Bundestagswahl 2005: Zweitstimmenanteile an Konfession: katholisch



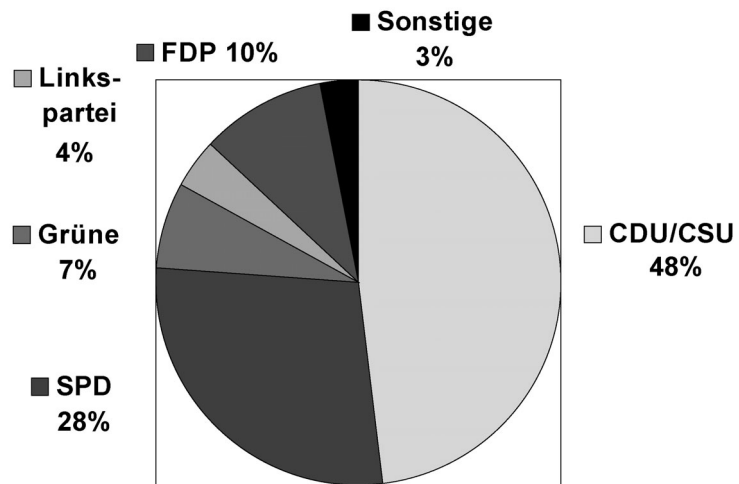
Quelle: Süddeutsche Zeitung, 20. September 2005 (Angaben des Bundeswahlleiters, gerundet)

Abbildung 6: Bundestagswahl 2005: Zweitstimmenanteile nach Konfession evangelisch



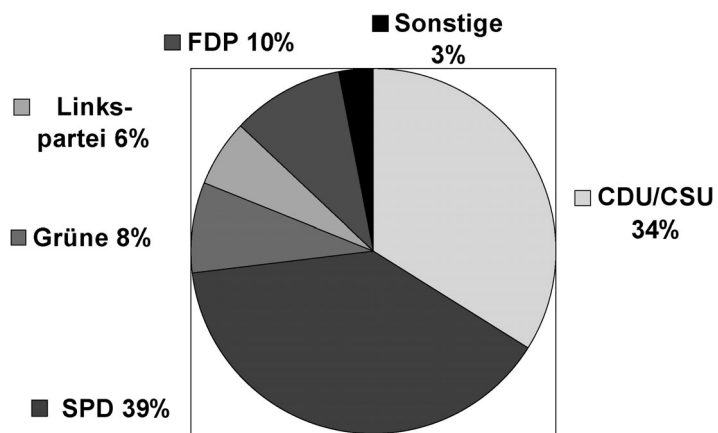
Quelle: Süddeutsche Zeitung, 20. September 2005 (Angaben des Bundeswahlleiters, gerundet)

Abbildung 7: Bundestagswahl 2005: Zweitstimmenanteile nach Konfession: Keine



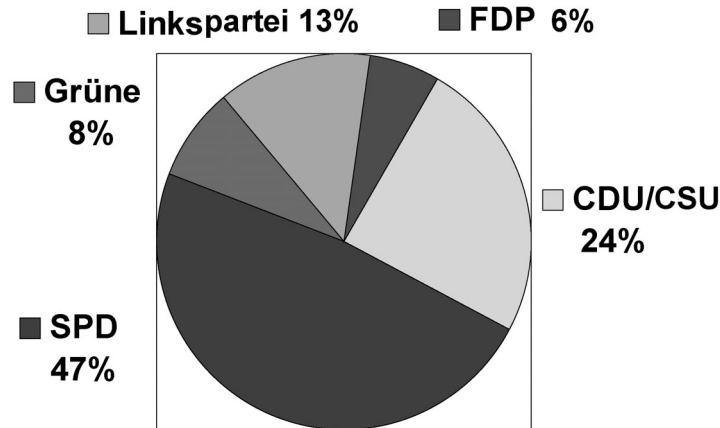
Quelle: Süddeutsche Zeitung, 20. September 2005 (Angaben des Bundeswahlleiters, gerundet)

Abbildung 8: Bundestagswahl 2005: Zweitstimmenanteil nach Erwerbsstatus: Arbeitslose



Quelle: Süddeutsche Zeitung, 20. September 2005 (Angaben des Bundeswahlleiters, gerundet)

Abbildung 9: Bundestagswahl 2005: Zweitstimmenanteile der Gewerkschaftsmitglieder



Quelle: Infratest dimap, WAHLREPORT Bundestagswahl 2005

6. Start in die Große Koalition: Stimmungsbonus für die Unionsparteien

Gemäß dem Wahlergebnis, das – trotz kurzzeitiger taktischer Liebäugeleien mit Ampelkoalition (Rot-Grün-Gelb) und „Jamaika-Koalition“ (Schwarz-Grün-Gelb) – allein die Große Koalition als realistische Regierungsvariante zuließ, wurden die Kabinettsposten nach dem Modus des „halben Machtwechsels“ paritätisch verteilt. Indes wird der relativ gute Start der schwarz-roten Bundesregierung überwiegend der Kanzlerin Merkel und der Unionshälfte des Kabinetts gutgeschrieben: Gut zwei Monate nach dem Kanzler- und Regierungswechsel „glauben 45 Prozent der Bundesbürger, daß die Unionsminister unter Kanzlerin Angela Merkel in der Koalition erfolgreicher arbeiten als die SPD-Ressortchefs und Vizekanzler Franz Müntefering“. Nur 20 Prozent schätzen die Arbeit der SPD-Minister höher ein (Infratest dimap – Deutschland Trend Februar 2006). In der Sonntagsfrage hat sich die Schere zwischen CDU/CSU und SPD ebenfalls deutlich geöffnet: Anfang Februar 2006 kamen die Unionsparteien auf 40 Prozent und die SPD auf 32 Prozent. FDP (8%), Linke.PDS (9%) und Grüne (7%) lagen teils unter, teils leicht über ihrem Bundestagswahlergebnis (www.infratest-dimap.de/print.asp, 04.02.2006). Dieses Stimmungsbild läßt zwei Aussagen zu: Zum einen wird die SPD für die schlechte Leistungsbilanz der vormaligen rot-grünen Bundesregierung weiterhin in die politische Verantwortung genommen. Zum anderen können von der Bildung einer Großen Koalition die Oppositionsparteien, vielen Vorhersagen zum Trotz, bislang nicht erkennbar profitieren.

Literatur

- Forschungsgruppe Wahlen Mannheim (FGW) 2005: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 18. September 2005 (vorläufige Fassung), Berichte der FGW Nr.122, Mannheim.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 2005: Wahl 2005, Beilage am 20.9.2005.
- Infratest dimap Wahlreport 2002: Wahl zum 15. Deutschen Bundestag 22. September 2002, Berlin.
- Infratest dimap Wahlreport 2005: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 18. September 2005, Berlin.
- Infratest dimap 2005: Deutschland TREND Oktober und November 2005, Berlin.
- Infratest dimap 2006: ARD-Deutschland TREND Januar 2006, Berlin, und Februar 2006 (www.infratest-dimap.de/print.asp; 04.02.2006).
- Noelle, Elisabeth 2005: Es fehlt das Vertrauen. Demoskopische Anmerkungen zum Ergebnis der Bundestagswahl, in: FAZ vom 21.9.2005.
- Schoen, Harald/ Falter, Jürgen W. 2005: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: ApuZ 51-52/ 2005, S. 33-40.
- Süddeutsche Zeitung 2005: Wahl 2005, Beilage am 20.9.2005.
- Weßels, Bernhard 2005: Geheime Wahl. Was Meinungsforscher vor dem 18. September nicht wissen konnten, in: WZB-Mitteilungen, Heft 110, Dezember 2005, S.7-10.